

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post	
monatlich	Ko 16.
vierteljährlich	48.
halbjährlich	96.
jährlich	192.

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rül)

Ein Mieterschutzkompromiß?

Prag, 5. März. Heute vormittags befaßte sich eine engere Wohnungs-Kommission mit der hart umstrittenen Frage des Mieterschutzes. Wie wir erfahren, dürfte die Verlängerung des Mieterschutzes bereits in den nächsten Tagen dem Parlament vorgelegt werden. Die agrarischen Forderungen nach Ausschluß gewisser Bierzimmernwohnungen aus dem Mieterschutz sowie nach Zulassung freier Mietsverträge sind bereits als aufgegeben zu betrachten. Dabei spielte auch das Argument eine Rolle, daß die Herausnahme der Bierzimmernwohnungen aus dem Mieterschutz notwendigerweise eine erhöhte Nachfrage nach kleineren Wohnungen und damit eine Preissteigerung dieser kleineren Wohnungen auch in den neuen Häusern zur Folge haben müßte.

Die einzige Änderung, die an der Vorlage vorgenommen werden soll, betrifft den § 13, Absatz 4. Während der Hausherr bisher nur seinen schon verheirateten Kindern im eigenen Hause eine Wohnung verschaffen konnte, wenn er eine Erftwohnung beistellte, soll diese Bestimmung auf Kinder, die vor der Heirat stehen, ausgedehnt werden; doch wird Vorfrage getroffen werden, daß der Hausherr in dem Falle, als die angekündigte Heirat nicht zustande kommen sollte, dem gekündigten Mieter gegenüber zu vollem Ersatz verpflichtet ist. Weiters soll diese Bestimmung auf Hausherrn ausgedehnt werden, die mindestens durch drei Jahre Eigentümer des betreffenden Hauses sind, während bisher als Stichtag für den Erwerb spätestens der 31. Dezember 1925 galt.

Wie wir erfahren, stellen sich der Annahme dieses Kompromisses auf Seite der tschechischen Agrarier augenblicklich noch Schwierigkeiten entgegen.

2.365.000 Arbeitslose in Deutschland.

Berlin, 5. März. Noch immer zeigt sich ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zum 1. März sind 2.365.000 Hauptunterstützungsberechtigte gezählt worden, das sind um 25.000 mehr als in der Vorwoche. Wenn auch diese Zahl gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um 100.000 geringer ist, muß dabei doch der lange und strenge Winter des Jahres 1929 berücksichtigt werden, der die Augen- und Saisonberufe viele Monate hindurch stillgelegt hatte, während heuer die Hauptursache für die starke Arbeitslosigkeit in der rückläufigen Konjunktur zu suchen ist und eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt sich diesmal wahrscheinlich viel langsamer als im Vorjahr vollziehen wird.

Handelsvertrag Deutschland-Polen perfekt.

Berlin, 5. März. (Eigenbericht.) Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen sind in der letzten Zeit so weit fortgeschritten, daß mit ihrem Abschluß noch in dieser Woche gerechnet wird. Es soll zu erst ein sogenannter kleiner Handelsvertrag auf ein Jahr geschlossen werden, der automatisch weiterläuft, wenn er nicht gekündigt wird. Deutschland und Polen sichern sich darin gegenseitig Weisbegünstigung zu. Alle Streitfragen über das Niederlassungsrecht, die Einfuhrkontingente für Kohle und Schweine nach Deutschland usw. sind jetzt erledigt worden. Die letzten Verhandlungstage dürften nur noch der Frage des Anteils der deutschen Schiffsahrtsgesellschaften an dem polnischen Auswanderungsverkehr gelten.

Man erwartet in Polen nach Annahme des Handelsvertrages einen starken Aufschwung der deutschen Einfuhr, von der allerdings die polnische Industrie weniger zu befürchten hätte als die Industrie entfernterer Staaten.

Gegen die Todesstrafe.

Wien, 5. März. In der heute fortgesetzten Beratung der Strafrechtskonferenz entwickelte sich eine längere Debatte über die Frage, ob die Entscheidung über die Strafarten, darunter insbesondere über die Aufrechterhaltung der Todesstrafe, die zurückgestellt worden war, schon heute getroffen werden soll. Die Abstimmung wurde in dem Sinne vorgenommen, daß sie lediglich eine Feststellung der Ansicht sein soll. Es sprachen sich 30 Stimmen gegen die Beibehaltung der Todesstrafe und 14 Stimmen dafür aus. Für die Strafbarkeit der Homosexualität stimmten 23 Mitglieder, gegen die Strafbarkeit 21 Mitglieder.

Zwei Agrarvorlagen aufgelegt.

Roggenbrot und Verpflichtung gewisser Anstalten zur Verwendung heimischer Agrarprodukte.

Prag, 5. März. Im Abgeordnetenhaus, das heute nachmittag in einer ganz kurzen Sitzung ohne Debatte ein Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag mit Frankreich genehmigte, wurden heute zwei Vorlagen aus der Reihe der Gesetzentwürfe, die die Landwirtschaftsministerie bekämpfen sollen, im Druck vorgelegt. Es handelt sich dabei um die zum größten Teil bereits bekannten Vorlagen über die Erzeugung von Roggenbrot und über die obligatorische Verwendung heimischer Agrarprodukte seitens öffentlicher Unternehmungen und Anstalten. Beide Vorlagen haben, wie in den Motivenberichten ausgeführt wird, den Zweck, den Konsum inländischer Roggens und inländischer Agrarprodukte überhaupt zu fördern und so teilweise zur Beseitigung der Krise der Landwirtschaft beizutragen; es sei aber auch notwendig, an die Konsumentenkreise zu appellieren, damit sie einheimische Produkte konsumieren und so Hand in Hand mit den Produzenten aus allen Kräften zur Linderung der Krise beitragen.

Die von einigen Blättern bereits für heute angekündigte Vorlage des Gesetzes über die Dispensationen war aus rein technischen Gründen unmöglich, weil die von uns bereits gestern gemeldete Einbeziehung der Bergarbeiter-Provisionisten und die Novellierung der berichtigten Einreichungsverordnung für die Eisenbahner verschiedene Änderungen erfordern. Die Vorlage dürfte erst in der nächsten Woche zu Beginn der Frühjahrsstagung ausfertigt werden.

Durch ein Handschreiben des Präsidenten wurde die Herbstsession der Nationalversammlung mit dem heutigen Tage gelassen und beide Häuser zur Frühjahrsstagung für den 11. März einberufen.

85prozentiges Roggenbrot.

Die Vorlage über die Broterzeugung bestimmt,

daß Brot nur aus reinem Roggenmehl oder aus Roggenmehl mit einer Beimischung von höchstens 15 Prozent Weizenmehl gewerbmäßig erzeugt und in den Handel gebracht werden darf.

Dasselbe gilt, falls der Konsument das Mehl oder das Getreide hiezu selbst beistellen will, ebenso für Brot ausländischen Ursprungs. Auf reines Weizenbrot, wie es namentlich in einigen Gegenden der Slowakei und Karpathenlands verwendet wird, bezieht sich das Gesetz nicht, ebenso nicht auf die Broterzeugung für den eigenen Bedarf und auf sogenannte diätetische Brote.

Die Mischung von Roggenmehl mit Weizenmehl darf erst beim Bäcker erfolgen. Sonst dürfen diese Mehle nur ungemischt in den inländischen Verkehr kommen. Weiter wird festgelegt, daß Roggen- und Weizenmehl in einer Menge von 50 Kilogramm aufwärts nur in fest verschlossenen Emballagen geliefert werden darf, die den Namen oder die Firma und den Sitz des Erzeugers, das genaue Gewicht sowie die Bezeichnung, ob Roggen- oder Weizenmehl, tragen. Weiter wird festgelegt, daß jeder gewerbmäßig erzeugte Brotlaib mit einem Zeichen des Bäckers versehen sein muß, etwa mit den Anfangsbuchstaben des Namens mit der registrierten Schutzmarke u. dgl. Das Zeichen muß in den Brot-

laib deutlich sichtbar eingeklebt sein.

Ausnahmen von diesen Bestimmungen kann das Ernährungsministerium im Einvernehmen mit den Ministerien für Landwirtschaft, Gesundheit und Handel, bzw. bei Militärlieferungen mit dem Verteidigungsministerium bewilligen. Auch die Landesämter können von den Ministerien hiezu ermächtigt werden.

Übertretungen des Gesetzes werden von den Bezirksämtern mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu 14 Tagen bestraft.

In dem Motivenbericht heißt es, daß ein derartiges Roggenbrot gesundheitlich völlig einwandfrei ist und daß dadurch unserem Konsum vielmehr ein besseres und länger haltbares Brot verbürgt und außerdem auf dem Roggenmarkt eine wenigstens teilweise Erleichterung geschaffen wird. Das Verbot, Weizen- und Roggenmehl früher als beim Bäcker zu mischen, wird damit begründet, daß sonst die Verantwortlichkeit für eine schlechte Nahrungsmischung nicht mehr festzustellen wäre.

Konsumzwang für inländische Agrarprodukte.

Die zweite Vorlage über den Abfall heimischer Agrarprodukte

verpflichtet die Unternehmungen, Anstalten und Einrichtungen, die im Eigentum oder in der Verpachtung des Staates, der Länder, Bezirke, Gemeinden und anderer öffentlich-rechtlicher juristischer Personen stehen, ihren Bedarf an Getreide (mit Ausnahme von Mais), Mahlpulven und Hülsenfrüchten (mit Ausnahme von Erbsen und Lupinen), an Kartoffeln (mit Ausnahme von Frühkartoffeln in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai), ferner an Fleisch, Milch und Milchprodukten, Obst, Grünzeug und Futtermitteln ausschließlich mit guter Qualitätsware inländischen Ursprungs zu decken.

Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf gelegentliche Einkäufe von Fall zu Fall.

Die Organe, welche die Wirtschaftsbeurteilung der betreffenden Unternehmungen usw. beaufsichtigen, werden verpflichtet, darauf zu achten, daß diese Bestimmungen eingehalten werden. Die Lieferanten sind verpflichtet, sich der Kontrolle der Bezirksämter und der oben erwähnten Aufsichtsorgane zu unterziehen, ob die von ihnen gelieferte Ware heimischen Ursprungs und guter Qualität ist. Zu diesem Zwecke müssen sie die geforderten Erläuterungen geben und den Zutritt in ihre Betriebe und Lager gestatten, sowie die Einsicht in die entsprechenden Bezeichnisse gewähren. Die Kontrollorgane sind unter Strafandrohung zur Wahrung des Geschäftsgheimnisses verpflichtet; auch zu Steuerzwecken dürfen diese Informationen nicht mißbraucht werden.

Gegen Aufsichtsorgane, welche gegen die in dem Gesetz festgelegten Pflichten verstoßen, wird auch im Disziplinarwege und im Zwangsverfahren eingeschritten. Lieferanten, die sich gegen das Gesetz vergehen, werden unbeschadet einer eventuellen gerichtlichen Verfolgung von den Bezirksämtern mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 K oder mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bestraft.

Das Gesetz soll am 15. Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten; es ist auf die Dauer von zwei Jahren begrenzt.

Konservatives Mißtrauensvotum abgelehnt.

London, 5. März. In einem konservativen Mißtrauensantrag wird Klage geführt über den Niedergang des Handels und die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Folgen der gegenwärtigen Regierungspolitik, seien. Ferner sprechen die Konservativen ihr Bedauern darüber aus, daß die Regierung es nicht nur ablehne, die Schutzzölle oder die Reichsvorzugszölle auszubehnen, sondern sich sogar weigere, ihre Absichten hinsichtlich der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Schutzzölle und der Mac Kenna-Zölle sowie der Zölle auf Zucker, Seide und die Schlüsselindustrien mitzuteilen, wodurch die Unsicherheit und das Elend vermehrt würden.

In der Aussprache über diesen Antrag erklärte der frühere Schatzkanzler Perne, für alle praktischen Vorschläge bedeute der Plan eines Zollwaffenstillstandes den Tod.

Austin Chamberlain sagte, daß die

Bestimmungen des geplanten Zollwaffenstillstandes keine Herabsetzung der bestehenden Zölle herbeiführen würden.

Der Präsident des Handelsamtes Graham betonte in seiner Erwiderung, Wiedervergeltungszölle, an die die Opposition denke, würden, wenn sie auf eine große Anzahl von Waren Anwendung fänden, den Gesamtumfang des Handels vermindern und infolgedessen eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit bringen.

Der konservative Antrag wurde darauf mit 286 gegen 212 Stimmen abgelehnt, was eine Zustimmung des Unterhauses zur Zollwaffenstillstandspolitik mit einer Mehrheit von 74 Stimmen bedeutet.

316 : 263 für Indien.

Paris, 5. März. Die Kammer hat nach einer stündlichen sehr stürmischen Debatte die Tagesordnung, mit welcher der Regierung Indiens das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 316 gegen 263 Stimmen angenommen.

Perfidie Demagogie.

Durch die nationalsozialistischen Presseerzeugnisse wälzt sich in letzter Zeit ein östiger Strom perfidester Geschichtsklitterungen. Die platte Demagogie, die inhalts- und ideenlose Zusammenballung „marxistischer“ Redewendungen verlohnte eigentlich nicht eine meritorische Auseinandersetzung, doch sind leider diese Machwerke geeignet, die oberflächliche Auffassung weite Kreise zu unterstützen, so daß doch einmal den Propheten des angeblich sozialistischen Nationalismus — nationaler Sozialismus bedeutete eine allzugroße Anpassung an ihre Terminologie — entgegengetreten werden muß.

Zunächst: es heißt wahrhaftig mit dem an sich recht geduldigen Zeitungspapier Schindluder treiben, wenn man die Tschechoslowakische Republik als eine „soziale Republik“ bezeichnet. Ist es den Herren von der Partei der „flammenden Empörung“ unbekannt, daß der Sozialismus im ganzen und in der Regierung selbst in der Minderheit ist? Ist den Herren von der Partei des Uniforminfantilismus unbekannt, daß selbst die gegenwärtige Regierung der sozialistischen Kontrolle — anders kann sie nach den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht bezeichnet werden — erst seit einigen Monaten im Amte ist? Ist den Herren von der Partei des deflazierten Kleinbürgertums unbekannt, daß das niedrige Lohnniveau unseres Staates aus der Zeit der reaktionären Regierung stammt, die während der Zeit der industriellen Hochkonjunktur antierte, und daß die neue Regierung ihr Amt antrat, als eine jener Weltkrisen eintrat, die die Folge kapitalistischer Individualwirtschaft sind, jener Wirtschaft, die von einem Staate beherrscht wird, der abseits von jeder, auch der zahlstinsten sozialistischen Kontrolle steht? Wir können zwar von der philosophischen, politischen und nationalökonomischen Schulung einer Partei nicht viel halten, deren Ursprung nicht eine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern die Angst der zwischen die Klassen gezwängten Kleinbürger unter wohlertogener Patronanz des nationalen Kapitals ist, glauben aber doch nicht, daß die obenangeführten Tatsachen den Herren unbekannt sind. Dann bleibt als Deutung ihrer Ausführung nichts anderes übrig als Perfidie! Uebelste Demagogie, der geistigen Patenschaft der Jugopresse würdig!

Vom Besonderen ins Allgemeine übergehend: Ist es den Herren von der Geistesrichtung der Bürgerbräuelrevolution unbekannt, daß die Sozialdemokraten Deutschlands heute mit wahrer Selbstverleugnung inmitten der allein zwar regierungsunfähigen, aber in der Mehrheit befindlichen bürgerlichen Welt eine wahrhaft staatszerstörerische Politik treiben, um das Deutsche Reich über eine der gefährlichsten Klippen hinwegzubringen? Deutschland ist keine soziale Republik, weil der Sozialismus zwar die stärkste Partei, aber doch in der Minderheit ist, es ist aber eine demokratische Republik geblieben, weil die Sozialdemokratie an der Demokratie festhielt. Hätte sie es nicht getan, das Reich wäre ebenso ein Rätestaat wie Rußland und der Rätestaaten Grenze gegen den Westen wäre der Rhein und die Alpen und die Herren mit dem mißverständlichen Hakenkreuz wären nicht in der Lage, unter dieser etwas großformatigeren Diktatur von ihrer Operettendiktatur zu fesseln. Vielleicht wäre dann die Rätestaatsgrenze sogar entlang der Westalpen gestaut und der Volksmann mit dem Herzogstitel — wem kommen nicht Napoleons Marschälle in den Sinn — Mussolini, der Erfinder all der Uniformkinderen, wäre erst gar nicht zur Entfaltung gekommen! Dem gilt nun die besondere Verehrung der Refordnationalen.

Hiezu eine Frage: und Südtirol? Wir sind keine Nationalisten und uns erscheint die Züchtung des „Edelvolkstums“ in jeder der europäischen Nationen als ein Unfug! Wir sind aber Feinde jeder nationalen Unterdrückung, wir sehen die Lösung des Nationalitätenproblems in einer möglichst gerechten

Spionage-Sensation in Rumänien.

Bukarest, 5. März. Die nach den Urhebern des Attentates gegen den Personenzug unweit von Ploesti fahrende Polizei verhaftete mehrere Personen, darunter auch eine Frau, bei der überaus wichtige Dokumente vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Gleichzeitig kam die Polizei einer großen Spionage-Organisation auf die Spur, die zahlreiche Zweigstellen nicht nur in Rumänien selbst, sondern auch im Auslande unterhielt.

Es werden bereits am heutigen Tage sensationelle Enthüllungen erwartet.

Abgrenzung der Wohngebiete eines jeden Volkes. Darum ist und bleibt für uns, die Internationalisten, Südtirol der Schauplatz des allerverwerflichsten Wütens nationalen Dünfels, einer zur Veesenheit gesteigerten Annäherung, in der wir den geistigen Vater unseres Faschismus sehen! Wir fragen also nur immer wieder eines: und Südtirol? Darüber geht man leichtfertig hinweg! Aber das wahre Gesicht der Beschürmer des Deutschtums wird offenbar. Großmütig verzeiht man dem Duce seinen beispiellosen Sadismus gegen die Südtiroler, weil er, weil sein System der irr sinnigen Milizdiktatur nach dem Herzen des „nationalen“ Sozialismus ist!

Noch eines: in Italien gibt es angeblich keine Arbeitslosigkeit, während es in Frankreich, das den italienischen Sozialisten Wohlgeheiß, angeblich sehr schlecht stehen soll. Nun, das Konjunkturinstitut, gewiß keine sozialdemokratische Institution, stellt bildlich dar: Italien schwarz, d. h. schlechte Wirtschaftslage, Frankreich, gewiß auch nicht unser Ideal, hell, d. h. gutgehend! Aber keine Lüge ist schlecht genug, um den Selbstkämpfern der Bolemit zu dienen.

Zum Schlusse noch eine kleine Anfrage. Was will der nationale Sozialismus eigentlich? Sein Programm scheint sich fast in dem halben Stabreim: Schule, Scholle, Arbeitsplatz zu erschöpfen, denn von einer wissenschaftlichen Unterbauung, die dem Marxismus ein wenig an Bedeutung nahe käme, haben wir noch nie etwas gehört. In dem von den Nationalsozialisten über den Meer gelobten Auszuge aus dem Mussolinibuche ist zu lesen, der Duce hätte Gewerkschaften und Unternehmerverbände verstaatlicht und den „Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit“ hergestellt. Ja, ist denn das eine sozialistische Forderung? Hört man ähnliche Forderungen nicht auf jeder Tagung des — Reichsverbandes der deutschen Industrie? Wie steht es dann mit dem Mehrwert? Wie steht es um die Proletarisierung? Die Bezeichnung sozialistisch ist bei den Sakentzeugler-Faschisten einfach eine Falschmeldung, die man mit gewohnter Perfidie benützt, denn, seien die Anhänger des völkischen Radikalismus auch noch so leichtgläubig, das Wort Sozialismus muß man ihnen präsentieren, ein Wort, das von den Ähnen unserer, der sozialdemokratischen Bewegung, der marxistischen Lehre geprägt und verallgemeinert wurde, das der Wesensinhalt ist, dem unser Kampf gilt!

C. R. S.

Die Landesvertretung für die Selbstverwaltung.

Einstimmige Stellungnahme gegen einen Erlaß zweier Minister.

Prag, 5. März. Die heutige Sitzung der Landesvertretung bot abermals das Bild des einstimmigen Protestes gegen die Uebergriffe der Bürokratie

in der Verwaltung und die Vergevaltigung der Autonomie. Kurz nach Beginn der Sitzung wurde unter den Landesvertretern ein Erlaß des Präsidiums des Landesamtes in Prag, unterfertigt vom Vizepräsidenten Srom, datiert vom 25. Jänner 1930 bekannt, in welchem unter Berufung auf einen Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten im Einvernehmen mit dem Innenministerium vom 11. Jänner 1930, Zahl 0-567/6 ai 1929 verfügt wird, daß die sachliche Verwaltung der Landes- und Bezirksstraßen sowie Brücken

nach dem Verwaltungsgezet an die Landes- und Bezirksämter überzugehen habe, das heißt, daß das Verfügungsrecht der Landes- und Bezirksvertretungen über dieses Gebiet öffentlicher Verwaltung darauf eingeschränkt wird, daß die Landes- und Bezirksvertretungen die finanziellen Mittel für den Bau von Straßen und Brücken zu bewilligen, aber in die Verwaltung nichts dreinzureden haben. Dieser Erlaß rief in der Landesvertretung bei allen Parteien die größte Empörung hervor. Die Klubmänner traten sofort zu einer Beratung zusammen, worauf dann in der Landesvertretung im Namen aller Parteien Landesausschußbeisitzer Erha diesbezüglich eine dringliche Anfrage an den Landespräsidenten richtete. Unter lebhaftem Beifall der Landesvertreter, die sich um die Redebeiträge versammelt hatten, protestierte der Redner in scharfen Worten gegen die Herausgabe dieses Erlasses. Er erklärte, daß die Verwaltung der Straßen und Brücken Recht der Landes- und Bezirksvertretungen sei und daß dieses Recht nicht preisgegeben werden dürfe. Er richtete die Anfrage an den Landespräsidenten, ob er bereit sei, diesen Erlaß zurückzuziehen und beantragte, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. In dieser Zeit solle die Verkehrs- und Rechtskommission der Landesvertretung zusammenreten und dem Plenum Vorschläge erlassen. Der Redner schloß damit, daß dies ein Glied in der Kette der Angriffe gegen die Selbstverwaltung sei und daß es Pflicht der Landesvertreter gegenüber ihren Wählern sei, den Kampf gegen diejenige aufzunehmen, welche die Rechte der Autonomie beschränken wollen. In ähnlicher Weise sprach Landesausschußbeisitzer Kaiser, worauf die obgenannten Anträge einstimmig angenommen wurden.

Nach der Pause berichtete Landesvertreter Dr. Sanger (Sch. Soz. Dem.) im Namen der beiden Kommissionen und beantragte die Landesvertretung möge von den beiden Ministern die Zurückziehung des Erlasses verlangen, außerdem solle die Landesvertretung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergreifen. Das Inkrafttreten der Verordnung sei bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes aufzuschieben. Hierauf wurde der Antrag Sanger unter großem Beifall der gesamten Landesvertretung einstimmig zum Beschluß erhoben. Ebenso einstimmig sprach sich die Landesvertretung gegen einen zweiten Angriff auf die Autonomie aus. Der Finanzminister hat nämlich die Absicht, ab 1. April die Selbständigkeit der Landeskasse aufzuheben und diese mit der Staatskasse zu ver-

einigen. Auch da beschloß die Landesvertretung einstimmig mit allen Mitteln gegen diese Verfügung des Finanzministers sich zu wehren.

Zu Beginn der Verhandlungen gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte, die darin ihre Ursache hatte, daß der Vorsitzende der Landesvertretung zu einem Antrage, über den die Landesvertretung endgültig abstimmen sollte, im Sinne des § 27 der Geschäftsordnung keine meritorische Debatte zulassen wollte. Die Bestimmung der Geschäftsordnung bezieht sich jedoch nur auf Anträge, die von der Landesvertretung einem Ausschuß zugewiesen werden sollen. Das stellte Genosse Grund mit aller Entschiedenheit fest und sein Antrag, die Geschäftsordnung im obigen Sinne zu interpretieren, wurde auch angenommen.

Der übrige Teil der Sitzung war damit ausgefüllt, eine Reihe von Anträgen den bezüglichen Kommissionen zuzuweisen. So einen Antrag auf Erlassung eines Gesetzes über Gewerbe- und Fortbildungsschulen, über die Durchführung der Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsgerichte, über die Verbesserung der Verhältnisse der Sekundärärzte an den Krankenhäusern, ein

Festigung der mährisch-schlesischen Landesvertretung.

Brünn, 5. März. (Eigenbericht.) Die mährisch-schlesische Landesvertretung trat heute um viertel zwölf Uhr mittags zu einer Festigung anlässlich des 80. Geburtstages des Präsidenten Masaryk zusammen. Der Sitzungssaal war festlich geschmückt und fast alle Mitglieder der Landesvertretung wohnten der Feier bei. Die Sitzung wurde durch eine Ansprache des Landespräsidenten Cerny, deren Inhalt er auch kurz deutsch wiedergab, eröffnet, in der die Verdienste des Präsidenten für den tschechoslowakischen Staat und besonders für das Land Mähren gewürdigt und der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß sich die Verwaltung des Landes im Sinne und im Geiste Masaryks entwickeln werde. Nach der Festrede des Landesausschußbeisitzers Drobny für die tschechischen Parteien der Landesvertretung ergriff

Genosse Pipal

als Redner der Deutschen das Wort und führte aus:

Die Feier des achtzigsten Geburtstages des Präsidenten der Republik gibt auch den Vertretern der deutschen Bevölkerung Anlaß, einen Augenblick über das politische Getriebe hinwegzusehen und sich der Würdigung einer Persönlichkeit zuzuwenden, die über alle Schranken der Nationalität und der Weltanschauung hinweg und weit über die Grenzen des Landes hinaus allgemeine Hochachtung verdient ist. Auch die deutsche Bevölkerung dieses Landes ehrt Thomas Masaryk als den Mann, der in Erfüllung seiner Mission als Führer und Befreier des eigenen Volkes doch immer bestrebt war, dem Frieden und der Verständigung zwischen den Nationen zu dienen. Auch die deutsche Arbeiterschaft des Landes gedenkt in Hochachtung des Mannes, der wiederholt für die Rechte der arbeitenden Menschen in die Schranken getreten ist und der immer Verständnis für die sozialen Misse des Volkes gezeigt hat. Wir würdigen aufrichtig die menschliche Größe des Mannes, der in 80 Jahren eines schicksalvollen und talentreichen Lebens die Reinheit der Besinnung bewahrt und auf dem Gipfel der größten Erfolge

Antrag auf Uebernahme des Kinderfrankenhauses in Prag in die Landesverwaltung, auf Regelung der Landeslieferungen, auf Vermehrung des Personals in der Landesrevisionskanzlei und auf den Ausbau des Revisionsdienstes bei den Bezirksbehörden, auf Zuerkennung von Funktionszulagen für die Beamten der Landesanstalten und auf beschleunigte Durchführung der Systemisierung der Landestangestellten.

Schließlich wurden noch einige Ergänzungsanträge vorgenommen.

Die deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter haben einige Anfragen an den Landespräsidenten gerichtet. Eine darunter betrifft die langsame Erledigung von Akten durch die Landesbehörde. In einem konkreten Fall wurde darin nachgewiesen, wie durch monatelange Verschleppung Parteien geschädigt werden. Eine weitere Anfrage ersucht den Landespräsidenten um Auskunft, welche Schritte das Landesamt zu unternehmen gedenkt, um die Verunreinigung des Bieleflusses durch industrielle Abwässer, unter welchen die Bevölkerung der Ortschaften an der Biela seit Jahren leiden, zu beseitigen. Schließlich verlangt eine Interpellation des Klubs, daß der Landespräsident ein Verbot des Landesamtes ausheben solle, durch welche eine pazifistische Inschrift auf dem Kriegsgefallenen-Denkmal in Swojetitz bei Böhm.-Brod untersagt wurde.

die Schlichtheit seines Wesens nie verleugnet hat. Indem wir diesem Manne den Tribut unserer Anerkennung zollen, sprechen wir den Wunsch aus, daß die Ideen, von denen sein Wirken geleitet war, die Verständigung der Völker und die Förderung der Wohlfahrt der breiten Massen in dem Staate, an dessen Spitze er steht, zum vollen Durchbruch gelangen werden und wir glauben, daß wir Thomas Masaryk nicht schöner ehren können, als durch unbedrossene Arbeit für diese Ziele. In diesem Geiste entbieten wir dem Präsidenten der Republik zu seinem Ehrentage unsere Glückwünsche und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm noch viele Jahre vergönnt sein möge, die Früchte seiner Tätigkeit reifen zu sehen! (Lebhafte Beifall.)

Ramens der polnischen Bevölkerung sprach der polnische Agrarier Junga.

Die Landesvertretung faßte hierauf den Beschluß, die Landeslungenheilanstalt in Gewitsch aus Anlaß des Präsidentenjubiläums Masaryk-Landeslungenheilanstalt zu benennen. Nach halbstündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen, nachdem einige schäbnerne Störungsversuche der Kommunisten mißlungen waren.

Masaryks 80. Geburtstag

Prag, 5. März. Im Rahmen der Geburtstagfeiern empfing Präsident Masaryk heute vormittags neben verschiedenen anderen Deputationen die Rektoren familiärer Hochschulen, dann die Vertreter der verschiedenen Kirchen und Bekenntnisse, darunter die Erzbischöfe Kordac und Brečan, ferner eine Abordnung des tschechoslowakischen Nationalrates und eine Abordnung der Hauptstadt Prag unter Führung des Primators Taxa.

Am Nachmittag zogen etwa 4000 Legionäre in Uniform durch die Hauptstraßen Praas auf die Burg, wo sie im dritten Burghof Aufstellung nahmen. Der Präsident empfing eine Abordnung der Legionäre und hielt dann vom Balkon aus eine Ansprache an die Legionäre und das zahlreich versammelte Publikum. Abends wohnte der Präsident einer Festvorstellung im Neuen deutschen Theater bei.

Ich oder — Ich?

Roman von Herman Hagedorn.
Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

Wie ein Faustschlag aber traf mich die Entdeckung, daß in einem fast leergetrunkenen Weinglas ich die Spuren von einem Opium fand. Das Glas stand auf dem Tisch vor dem Sessel, in dem man Tornheim gefunden hatte. Ich ließ sofort eine nochmalige Obduktion der Leiche vornehmen und wies auf die Möglichkeit einer Vergiftung hin.

Tatsächlich fand man bei der Obduktion heraus, daß nicht die Kugel Tornheim getötet hatte, sondern das Gift. Vielleicht nur wenige Sekunden vor dem Schuß.

Jedenfalls hatte die Kugel einen bereits toten Menschen getroffen.

In einem Geheimfach in Tornheims Schreibtisch fand ich einen Briefentwurf an Benno Aram. Der Schleier zerriß . . .

Nun wußte ich, daß Benno Aram der Giftmörder gewesen war.

Diesem Manne traute ich den feigen Giftmord zu . . . Paul Westmann nicht.

Im Geheimfach fand ich auch Aufzeichnungen, die mir endlich die seltsame Veranlagung Tornheims verrieten. Er liebte es, andere Menschen zu quälen.

Als ich das Testament fand, sah ich, daß er wenigstens eine seiner bösen Taten gutzumachen versucht hatte.

Als Paul Westmann mir vorgeführt wurde und sich als Konjul Aram ausgab und seinen Revolver verzwweifelt in der Faust hielt, wußte ich sofort, daß dies Paul Westmann sei.

Aber ich wollte das Geheimnis noch nicht enthüllen, denn ich hoffte, durch Paul Westmann auf die Spur des wahren Mörders zu kommen. Es ist mir gelungen. Allerdings ein wenig zu spät. Eine höhere Gewalt als das Gesetz hat ihn für ewig in Haft genommen . . . der Tod.

Ich freue mich, daß ich Paul Westmann retten konnte . . .

Der Kommissar Longinus wandte sich Paul Westmann zu.

„Donnerwetter, was ist denn das?“

Der Körper Paul Westmanns war vornüber gesunken. Sein Gesicht zeigte eine erschreckende Blässe. Die Arme hingen schlaff herunter. Er lag wie ein Loter in seinem Sessel.

Junge warf sich über die leblose Gestalt, und in diesem Augenblick erkannte sie, daß sie diesen Mann mehr liebte als ihr eigenes Leben.

Kommissar Longinus trat nahe an den Leblosen heran. Er hob seine Augenlider hoch . . . Dann flüsterte er den Anwesenden einige Worte zu.

Alle verließen das Zimmer.

Rur Junge blieb bei dem Mann, der für sie mit dem Tode gekämpft hatte . . .

31. Kapitel.

Die Frau hat gefiegt!

Was das ungerechte Urteil der Geschworenen nicht vermocht, was zehn Höllenjahre im Zuchthaus nicht fertig gebracht, was das grinsende Antlitz des Todes nicht erreicht hatte, das geschah jetzt, als zum erstenmal ihm das Schicksal ein gütiges Antlitz zeigte . . . Paul Westmanns Starre zerbrach. Er glitt langsam und unaufhaltsam in eine Ohnmacht, als er gehört hatte, daß das Testament Tornheims ihn rehabilitierte . . . Sein Körper fiel von ihm ab. Ein

Wirbelform von brausenden Schatten setzte ihn gleich einem Stauborn in das Chaos einer jetzigen Welt. Er schwabte in einem Raum, der weder Form noch Klang noch Gefühl kannte. Es gab keinen Haß, keine Liebe, keine Rache mehr. Da war weder Schmerz noch Freude . . . weder Kälte noch Sonne . . .

Aber ganz plötzlich empfand er das Gefühl des Stürzens. Er fühlte wieder . . . Er stürzte . . . Tage . . . Monate . . . Jahre . . . Vielleicht auch Jahrtausende . . .

Und auf einmal wußte er, daß er mit unheimlicher Geschwindigkeit auf die Erde stürzte.

Stürme heulten in der Tiefe, schmerzhafteste Blitze zerrißen ihn, Kälte zerstraf seine Glieder, Flammenmeere brachen über ihm zusammen . . . Aber auch das Flammenmeer verebbte über ihm. Die Schmerzen zerfloßen . . . Seine Knie waren wieder da. Sie stützten Grund . . . Das war die Erde. Aber irgendwie lastete eine Schwere auf ihm, die er nicht überwinden konnte. Er konnte seine Augen nicht öffnen. Die Lider waren aus Blei . . . Er hörte eine Stimme.

Diese Stimme rief klagend und suchend:

„Junge!“

Jemand antwortete eine Stimme, aber er konnte nicht verstehen, was die Stimme sagte. Es quälte ihn wie ein körperlicher Schmerz.

„Junge!“ wimmerte er leise, „Junge, werden sie mich nun wieder fortnehmen von dir?“

Einschliefen in eine Felle? Dreieinhalb Meter lang, zweieinhalb Meter breit. Wie ein Tier im Käfig.

„176 Schritte in der Runde!“

Plötzlich war es ihm, als sei er wieder im Zuchthaus. 176 Schritte in der Runde. Immer wieder, immer wieder, mechanisch stampfen die Beine.

„Nein,“ brüllt er auf, „nein, nein!“
Wid schlägt er um sich. Die Mauern des Zuchthauses weichen auseinander. Junge ist da, selbstam unwirklich steht sie aus. Ihr Körper scheint hin und her zu schwanken. Nur ihre Augen sind fest und leuchtend.

An diese leuchtenden Augen klammert sich Westmann taumelnder Blick.

„Junge?“

„Ja, Lieber!“

„Junge, was ist geschehen?“

„Nur Schönes, mein Liebster! Du mußt ganz ruhig sein!“ —

Ihre Stimme zittert ein wenig. Zwei Tränen laufen über ihre Wangen.

„Junge, du weinst?“ Heiser stößt es Westmann hervor.

„Ich weine, weil ich so glücklich bin!“

„Junge, ich liebe dich!“

„Das weiß ich!“

„Und der Sträfling Nr. 719?“

„ . . . soll durch meine große heilige Liebe vergessen lernen, was man ihn tat!“

Mit einem glücklichen jauchzenden Lachen schloß Westmann in die Arme um Junge. Sein Mund suchte den ihren.

In diesem Moment öffnete Kommissar Longinus leise die Tür.

„Ich gehe jetzt! Gals. und Weinbruch ihr zwei Glücklichen!“

„Tausend Dank, Herr Kommissar!“

Die Hindenburg-Krise.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wenn es sich um die Wahrung der Gesichtsinteressen handelt, dann werden selbst die grundlossten Parteien des Bürgeriums prinzipienfest. Bei dem mehr als drei Millionen erwerbslosen Arbeitern und Angestellten erinnern sie sich keineswegs an die Bestimmungen der Weimarer Verfassung, wonach jedem Bürger der Republik die Sicherung seiner Existenz gewährleistet werden soll. Herr Rauech von den rheinischen Industriellen und Herr Schacht von der Reichsbank erüsten sich im Gegenteil darüber, daß durch die Sozialversicherung in Deutschland ein Rennerwoll herangezogen werde. Ihnen liegt nur an der Sicherung des kapitalistischen Besitzes und daher ist es nur folgerichtig, daß sie sich gegen die Forderung der sozialdemokratischen Partei wenden, wonach durch ein Notopfer die wirtschaftlich bestgestellten Volksschichten zur Deckung der Fehlbeträge bei den öffentlichen Finanzen herangezogen werden.

Dieses Notopfer ist jetzt sozusagen zum Mittelpunkt der deutschen Politik geworden. Es ist an sich nicht so ertragreich, daß es zum Umsturz der Besitz- und Einkommensverhältnisse führen könnte. Seine Wirkung ist außerdem noch beschränkt, da es nur auf ein Jahr befristet werden soll. Trotzdem ist das Notopfer jetzt zum Symbol für alle Ruhestörer der kapitalistischen Wirtschaft geworden und alle guten und schlechten Gründe werden herangezogen, um seine Durchführung zu verhindern. Die wichtigste parlamentarische Arbeit muß liegen bleiben, weil die Deutsche Volkspartei als die Vertreterin der Unternehmervinteressen den kapitalistischen Grundsatz nicht durchbrechen lassen will, wonach die Hauptlasten für den Staat von den besitzlosen Massen aufzubringen seien. Ob und wann die Young-Gesetze verabschiedet werden, ist ungewiß geworden. Der Reichshaushalt für 1930, der eigentlich bis Ende März erledigt sein muß, liegt den entscheidenden Körperschaften noch nicht einmal im Entwurf vor. Das Republikentgesetz ist im Ausschuss stecken geblieben. Wie die Deckung des Fehlbetrags in der Arbeitslosenversicherung erfolgen soll, weiß man vorläufig nicht.

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hatten sich bei der Aufstellung ihrer Forderung nach einem Notopfer von dem Gedanken leiten lassen, daß alle Personen, die von den Folgen der Wirtschaftskrise geschädigt sind, für ihre notleidenden Volksgenossen einzutreten hätten. Es handelt sich also um einen Vorgang, der sowohl vom sozialen wie vom nationalen Standpunkt aus, alle Förderung verdient. Es gibt zwei Wege, auf denen dieser Gedanke durchgeführt werden kann. Einmal durch die Heranziehung der Leute mit größerem Einkommen zu einer Sondersteuer. Zum anderen durch die Befreiung der Beamten und sonstigen Festbesoldeten mit einer Abgabe von ihrem Gehalt. Dieser zweite Gedanke wird auch von Zentrumsanhängern propagiert, er ist jedoch nicht so einfach durchzuführen, weil es schwer möglich ist, die Grenze zu ziehen, bis zu der man gehen kann, ohne Ungerechtigkeiten zu schaffen. Sicherer ist der erste Weg, aber gerade weil er auch der gerechtere ist, stimmt ihm die Deutsche Volkspartei nicht zu.

In diesen Tagen wird die Entscheidung über das Notopfer fallen. Es ist ein neuer Vorstoß aufgetaucht, wonach man zwar jetzt eine Sonderabgabe erheben sollte; zur Befreiung der davon Betroffenen müsse man ihnen aber eine doppelte Sicherheit für das nächste Jahr geben. Die eine würde darin bestehen, daß die Extrasteuer gegen einen Schuldchein des Reichs geleistet wird, der im nächsten Jahr wieder in Abzug gebracht werden kann. Zweitens soll für das Jahr 1931 die allgemeine Steuerentlastung, versteht sich der Besitz- und Einkommensteuern, schon jetzt gefällig festgelegt werden. Daß ein solcher Vorstoß die Zustimmung der Sozialdemokratie finden kann, ist noch sehr zweifelhaft; sie könnte wohl auch nur aus dem Grunde gegeben werden, um eine schwere politische Krise im jetzigen Augenblick zu vermeiden, deren Folgen die arbeitenden Klassen am härtesten treffen würden. Aber auch dann müßte noch eine Gegenleistung geboten werden, die etwa darin zu bestehen hätte, daß der Beginn der Steuerentlastung zugleich der Beginn eines wesentlichen Ausbaus der sozialen Gesetzgebung sein müßte.

Wird es aber zu einer Verständigung auf solcher Grundlage kommen? Die Aussichten dafür sind nicht gerade günstig. Inzwischen haben wir es jedenfalls erst einmal zu einer Hindenburg-Krise gebracht. Deutschnationale und Volkspartei, auf deren Schaltern der Generalmarschall vor fünf Jahren in das höchste Amt der Republik getragen wurde, toben vor Entrüstung, daß er sich jetzt von dem Marzismus habe einfangen lassen, weil er sich für das Notopfer ausgesprochen hat. Das ist das alte Lied: Was dem arbeitenden Volke zugute kommen soll, wird als „Marzismus“ vertrieben. Wenn jemand aus dem Bürgertum sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt, dann gehört er in das Lager der „Marzisten“. Und gar erst, wenn er die Interessen des Besitzes zu schmätern sucht, dann mag er sich noch so große Verdienste um die Nation erworben haben, das alles ist nicht mehr, er wird aus der Tafel der Volkshelden gestrichen. So erging es jetzt Hindenburg, einst als

Retter des deutschen Volkes fast in den Himmel gehoben, jetzt als Verräter aller Güter des Kapitalismus in die Hölle verdammt.

Die Sozialdemokratie sieht diesem Spiel mit Ruhe zu. Sie will die politische Krise vermindern, um die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes nicht noch weiter zu verschlechtern. Aber sie weicht ihr auch nicht aus, so bald es sich um den Schutz der besitzlosen Klassen vor weiterer Befreiung handelt.

Finanzkompromiß in Berlin.

Keine Verkürzung der Arbeitslosen. — Notopfer aufgegeben. — Die Lage andauernd ernst.

Berlin, 5. März. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hat sich heute zwar über die Finanzregelung geeinigt, damit ist aber die Krisengefahr noch nicht beseitigt. Am einzelnen sieht die Verständigung folgend aus:

Der Standpunkt der Sozialdemokratie hat sich für die Arbeitslosenversicherung durchgesetzt; die Fehlbeträge müssen durch den Etat gedeckt werden. Damit ist die Pflicht des Reiches anerkannt worden, für die Arbeitslosen in voller Höhe zu sorgen. 150 Millionen werden in Form von Eisenbahnbürgschaften des Reiches hergegeben, weitere 100 Millionen soll die Versicherungsanstalt selbst durch eine Erhöhung der Beiträge decken; wenn deren Vorstand darüber zu keiner Einigung kommen sollte, entscheidet der Ministerrat. Außerdem werden der Versicherung noch 50 Millionen aus den Industrieobligationen gegeben, die aus dem Darlehensabkommen zur Verfügung stehen.

Das von der Sozialdemokratie geforderte Notopfer ist nicht beschloffen worden; die direkte Besteuerung soll durch die Vergabe der Industrieobligationen als abgegolten erscheinen. Zugleich ist aber noch beschloffen worden, daß der diesjährige Etat auch für das nächste Jahr gelten soll; die Ausgaben dürfen nicht weiter gesteigert werden. Dagegen wurde die Senkung der Steuern für das

nächste Jahr in Aussicht genommen. Man glaubt, daß für diesen Zweck 450 bis 600 Millionen zur Verfügung stehen werden.

In der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtete der Reichskanzler über diese Beschlüsse des Kabinetts. Gegen eine Reihe von Einzelheiten wurden in der ausgedehnten Debatte die schärfsten Bedenken geäußert. Die Stellungnahme zum Ganzen soll jedoch erst erfolgen, wenn die Vorlagen der Regierung dem Reichstag zugegangen sind.

Die Aussichten für eine schnellere Verabschiedung der Young-Gesetze sind durch die heutigen Kabinettsbeschlüsse keineswegs günstiger geworden. Die zurückhaltende Stimmung bei der Sozialdemokratie wird voraussichtlich das Zentrum veranlassen, nun erst recht vorher die Finanzregelung und dann erst die endgültige Annahme des Young-Plans zu verlangen. Die Sozialdemokratie hat aber kein Interesse daran, lediglich um einer schnelleren Erledigung des Young-Plans willen die Massenbesteuerung hinzunehmen, ohne eine entsprechende Gegenleistung durch Befreiung des Besitzes zu erhalten. Die Entscheidungskämpfe um diese Fragen werden morgen mit der zweiten Beratung der Young-Gesetze im Reichstag beginnen.

Ohandi verhandlungsbereit?

Bombay, 5. März. (Reuter.) Das Reutersbüro erzählt, daß das Ultimatum Ohandis einen neuen Protest gegen die britische Herrschaft in Indien darstellt. Ohandi spricht in dem Ultimatum den Wunsch nach einer Zusammenkunft mit dem Biglönig von Indien aus, um sich zu überzeugen, ob noch irgend eine Hoffnung auf ein Kompromiß bestehe. Das Ultimatum läuft am 11. März ab.

Vollentscheid über Lebensmittelsteuern?

London, 4. März. Großes Interesse wurde in politischen Kreisen durch Baldwin's heutigen Vorschlag erweckt, die Lebensmittelsteuern zum Gegenstande eines Volksentscheids zu machen. Diese Erklärung hat die augenblickliche Kontroverse über Lebensmittelsteuern in eine ganz neue Stellung gerückt.

Christlichsoziale Albernheiten

Der Mahr-Parting scheint der Ansicht zu sein, daß er sich mit seinen 200 Abänderungsanträgen zum Budget — zu jenem Budget, das er als Minister mit ausgearbeitet hat und das technisch kaum mehr zu ändern war! — und mit seiner Budgetrede, die den größten Heiterkeitserschlag der Debatte darstellte, noch lange nicht genug lächerlich gemacht hat. Er läßt in seiner Presse weitere Albernheiten gegen die Sozialdemokratie vorkörnen, so daß es nötig wird, ihm in jedem Fall solch läppischer Spielerei auf die Finger zu klopfen.

Als großen Schlagler zählt die „Deutsche Presse“ die Rückvergütung von 80 Millionen Steuergeldern an die Zuckerindustrie auf. Sie erzählt des langen und breiten, was wir Sozialdemokraten seitherzeit gegen den dauernden Zuckervucher und gegen die Halbpattgeschäfte der Zuckerbarone und des Bürgerbloßes gesagt haben. Sie wärmt also die eigne: Schande auf und rekapituliert, was an Sünden der Bürgerblockregierung etwa schon in Vergessenheit geraten sein möchte. Alles zu dem Ende, daß nun, wo sechs sozialistische Minister in der Regierung sitzen, das Spiel fortgesetzt und den Zuckerbaronen aus Steuergeldern zurückerstattet werde, was ihnen durch die Nichterhöhung des Zuckerpriees entgangen sei.

Die „Deutsche Presse“ vergißt nur eines bei dieser fahigen, aber dummen Demagogie: daß es sich um kein neues Gesetz, um keinen neuen Beschluß des Ministerrates, sondern um die Erfüllung einer Verpflichtung handelt, die das Bürgerblockkabinett eingegangen ist. Um die Zuckerbarone zu bewegen, den Zucker, zum laundwobieltemale in den Jahren der Bürgerblockherrschaft, nicht wieder um 60 Heller, sondern „nur“ um 35 Heller zu verteuern, konzidierte ihnen die Bürgerregierung eine Steuerrückvergütung in der Höhe von 80 Millionen. Bevor nicht ein neues Gesetz die Zuckervirtschaft anders regelt, bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als die alte Verpflichtung zu erfüllen. Die Burken, die sie auf dem Gewissen haben, sind jedoch frech genug, sich damit zu brüsten und uns für die Erfüllung verantwortlich zu machen! Aber so dumm, wie sie die Merkmalen brauchen, sind die Wähler dem doch nicht. Wir sind bereit, uns über diese zuckerföhe Geschichte mit den Christlichsozialen in jeder öffentlichen Versammlung auseinanderzusetzen und wir sind überzeugt, daß ihnen dabei nicht wohl zumute sein wird!

Eine ähnliche Demagogie leistet sich auch der Herr Krumpke, als fanatischer Gegner des Mieterschutzes und Anwalt der Interessen der Bodenbesitzer. Er ist zwar vorzüglich genug, dem Einwand, das neue Budget sei ja das alte, das von der Bürgerregierung noch mitbeschlossene, vorwegzunehmen, aber nur in dem er mit einem anderen Dreh kommt: der Bürgerblock sei über dem Streit um das Budget in die Brüche gegangen! Das Allerneueste! Die Herrschaften, die doch am Grabe des Heiligen

Wenzel einander ewige Treue geschworen haben und die — hätten sie nur eine Mehrheit gehabt — doch am Tage nach der Wahl wieder zusammengekommen wären, die sich erst nach wochenlangem Hin und Her trennten, wollen uns jetzt vielleicht einreden, sie seien grundföhllich uneinig gewesen und der Mahr-Parting habe den Bürgerblock gesprengt, weil er gegen das Militärbudget gewesen sei. Dabei weiß man und hat es von stichföhrer Seite bezeugt erhalten, daß die Christlichsozialen bereit waren, alles zu fressen, wenn sie nur in der Regierung bleiben durften!

Wahr ist, daß die Generale eine Erhöhung des Militärbudgets um 80 Millionen forderten und daß der Bürgerblock das zwar peinlich empfand, aber nicht Nein zu sagen wagte. Das neue Kabinett hat diese schon eingesezte Forderung gestrichen. Der Bürgerblock hat aber, worüber wir dem Herrn Krumpke noch einiges zu erzählen bereit sind, noch mehr getan. Er hat ja überhaupt das Militärbudget geseztlich für eine Reihe von Jahren auf mindestens 1715 Millionen Kronen festgesezt. Nur durch eine Aenderung des Gesetzes des Rüstungsfonds und über das Militärbudget konnte dieses überhaupt geändert werden. Und zu einer Aenderung dieser Gesetze die Zustimmung der Agrarier zu gewinnen, die sie mitgeschlossen haben, ist keine leichte Sache. Der Bürgerblock hat hier überhaupt den Weg auf Jahre hinaus verrammelt und er hat jede Kontrolle der Ausgaben illusorisch gemacht, weil er den Rüstungsfonds — 315 Millionen Kronen jährlich auf elf Jahre — der Kontrolle des Parlaments entzog und den Generalen schenkte. So liegen die Dinge und der Herr Krumpke, der auf geduldiges Papier allerhand schreiben kann, möge sich hüten, seine Märchen öffentlich zu erzählen. Er wird weder im Rüstungsfonds noch in den Tresors des Zuckerkartells geeignete Munition gegen uns finden. Was immer er in die Hand nimmt, wird ihm explodieren und die eigenen Reihen lähieren!

Die Arbeiten der Systemisierungs-Kommission.

Prag, 5. März. Amlich wird gemeldet: Die Systemisierungs-Kommission schreitet in ihren Verhandlungen nach dem festgelegten Plan fort. Die ganze vergangene Woche war der detaillierten Durchberatung der Dienstzweige der Eisenbahnen, Post, Landwirtschaft und öffentlichen Arbeiten gewidmet. In der Plenarsitzung am Dienstag wurde über das Ergebnis referiert und eine allgemeine Debatte über die Ressorts des Inneren, der Finanzen und des Schulwesens abgeführt, die Gegenstand der Spezialdebatte in dem Subkomitee sein werden. Dienstag nachmittags und Mittwoch vormittags wurden in diesem Subkomitee noch einige restliche Fragen aus dem ersten Teil (wirtschaftliche Ressorts) behandelt; nachmittags wurde die Spezialdebatte über die Finanzverwaltung begonnen. Die Kommission arbeitet jeden Tag von früh bis in die späten Abendstunden.

Sozialistischer Jugendverband für die deutschen Gebiete der C&A.

Am Sonntag, den 16. März 1930, um neun Uhr vormittags findet in Komotan eine große

Sozialpolitische Tagung

statt, zu der alle Gruppen und Kreisleitungen Böhmens delegieren sollen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Der Entwurf für das neue Jugendschutzgesetz. Redner: Genosse Dr. Wicner, Prag.
2. Unser Kampf um den Jugendschutz. Redner: Genosse Ernst Paul, Prag.

Der Tagung kommt in der jetzigen Zeit eine sehr große Bedeutung zu und es werden auch wichtige Beschlüsse gefaßt.

Alle Teilnehmer mögen pünktlich erscheinen und sich mit Mitgliedsarten und Mandaten ausweisen.

Karl Kern, Verbandsobmann.
Josef Materna, Verbandskassier.
Rudolf Geißler, Verbandssekretär.

Grüne oder schwarze Bauernpartei?

Die christlichsoziale „Deutsche Presse“ zieht gegen den ehemaligen landbündlerischen Kameraden scharf vom Leder. Die „Landpost“ hat kürzlich erklärt, daß bisher nur die beiden agrarischen Parteien brauchbare Vorschläge zur Lösung der Agrarkrise erstattet hätten und daß die Bauern, wenn ihnen nicht geholfen werde, selbst an ihrer Not schuld seien, denn sie hätten eben, obwohl sie 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, nur zur Hälfte agrarisch gewählt. Die „Landpost“ läßt gut daran, derartige statistische Angaben, die im übrigen nicht stimmen — es sind keine 40 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft, mindestens nicht ausschließlich in der Landwirtschaft tätig —, vorsichtiger zu gebrauchen, denn man könnte daraus nur den Schluß ziehen, daß eben die Agrarier keineswegs die Bauernpartei schlechthin, sondern nur eine Bauernpartei neben anderen sind, daß vor allem die Kleinbauern zum beträchtlichen Teil es vorziehen, mit den Arbeitern, statt mit den besitzenden Schichten gemeinsame Sache zu machen. Die „Deutsche Presse“ freilich reklamiert sehr zu Unrecht die Bauern für sich und will die Christlichsozialen als die rechte Bauernpartei hinstellen. Sie wirft den Landbündlern vor, sie hätten mit den Börsenjobbern ein Bündnis geschlossen und darum die Bauernstimmen verloren. Die Christlichsozialen haben diese Bauernstimmen freilich nicht gewonnen! Denn verlor der B. d. L. von 16 Mandaten vier, so hätten ihm doch wahrscheinlich 18 gebührt und er trat das eine nicht an die Gegner, sondern an die Wahlbewerber, die N.W. ab. Die Christlichsozialen dagegen verloren auf dem Papier nur zwei Mandate, haben aber in Wahrheit ein drittes nur durch gewerbeteiliche Stimmen gerettet. Gegenseitiger Hohn wegen der Verluste ist hier schlecht angebracht!

Daß die Agrarier allein brauchbare Vorschläge zur Lösung der Agrarkrise erstattet hätten ist so wenig richtig, wie die Gegenbehauptung der „Deutschen Presse“, daß im christlichsozialen Agrarprogramm das Ei des Kolumbus gefunden sei. Die Agrarier haben eine Lösung der Agrarkrise bisher geradezu verhindert, weil sie alle möglichen anderen Forderungen, die mit den Bauerninteressen nichts zu tun haben, in den Vordergrund stellten und weil sie wenig Willen zu möglichen Kompromissen zeigten. Die Sozialisten haben von allem Anfang durchaus brauchbare Vorschläge erstattet. Ob die agrarischen just die richtigen waren, ist sehr zu bezweifeln; denn sie gingen davon aus, einfach die Preise zu erhöhen, was bei der allgemeinen Krise und der sinkenden Kaufkraft der Arbeitermassen den Landwirten wenig nützen würde. Was jedoch das christlichsoziale Agrarprogramm betrifft, so ist es ein Sammelsurium der verschiedensten Vorschläge verschiedenster Parteien und die Merkmalen läten besser, damit nicht an die Sonne zu geben. Sie mögen in einem Recht haben, u. zw. wenn sie sagen:

„Ein für allemal sei festgehalten, daß die landwirtschaftlichen Notforderungen nicht identisch sind mit den Parteiforderungen des Bundes der Landwirte“

aber es läßt sich auch da die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Erkenntnis etwas spät kommt. Denn vier Jahre lang hat uns die christlichsoziale Presse die agrarischen Belange als reinste Volksinteresse präsentiert und als die Christlichsozialen 1926 für das alberne Zollprogramm stimmten, statt schon damals einer vernünftigen Lösung der Agrarkrise das Wort zu reden, predigten wir tauben Ohren, als wir den Zusammenbruch dieser Politik binnen kürzester Zeit vorausgahen.

Richt minder lächerlich nimmt sich die folgende Glossierung aus:

„Der Bund der Landwirte glaubt seine arbeitslose Stellung in der heutigen Regierungsmehrheit verschleiern zu können.“

Wir sind nicht die Anwälte des B. d. L. und wollen über seine Stellung nichts bemerkt haben, aber bei dem Wort arbeitslos fällt einem so unfehlbar der Mahr-Parting ein, daß es in christlichsozialen Zeitungen besser nicht verwendet würde. Man soll im Gause des Gehentken nicht vom Strid reden.

Eine kommunistische Wahlniederlage. Vergangenen Sonntag fand, wie wir dem „Volkswille“ entnehmen, in Rößeldorf im Bezirk Elbogen die Gemeindevahl statt. Die Kommunisten, welche bisher alle fünfzehn Mandate innehatten, erhielten am Sonntag 279 Stimmen und 10 Mandate, sie verlieren also gegenüber den letzten Gemeindevahlen fünf Mandate. Die zweite Partei, Arbeiter der Gemeinde Rößeldorf“ erreichte 144 Stimmen und fünf Mandate. Der neutrale Titel dieser Liste erklärt sich daraus, daß Arbeiter die Liste aufstellten, die mit der Politik und Taktik der KPC nicht mehr einverstanden sind, andererseits aber den Weg zur Sozialdemokratie noch nicht zurückgefunden haben. Eines zeigte aber dieser Wahlausgang, daß nur auch in der stärksten und bisher stolzeften Hochburg der KPC, im Bezirk Elbogen der kommunistische Bann gebrochen ist. Öffentlich ziehen die zahlreichen von den Kommunisten so gründlich enttäuschten Wähler nach langem Irrgang die einzig richtige Konsequenz, indem sie sich wieder in die alte Klassenpartei, die Sozialdemokratie, einreihen.

Wohnungsüberfluß — in Bern. Die Mietpreise in Bern sind in ständigem Sinken begriffen, da eine außerordentlich große Anzahl von Wohnungen — zur Zeit 700 — seit längerer Zeit leer steht.

Ein Hai tötet eine Ehe. Ein russischer Forschungsreisender, der sich zur Zeit auf Haiti befindet, erzählt von einem nicht alltäglichen Erlebnis, das er dort gehabt hat. Er befand sich auf einem Segelschiff, auf dem zahlreiche Eingeborenen mitfuhren. Eine schöne Dame aus Haiti zankte unaufhörlich mit ihrem Mann und weigerte sich, ihn nach der benachbarten Insel zu begleiten. Der Streit nahm immer leidenschaftlicher Formen an, bis die Frau plötzlich sagte: „Ich will nichts mehr von dir wissen“ und ins Wasser sprang, um ihre heimliche Insel schwimmend wieder zu erreichen. Kaum war sie im Wasser, als die Eingeborenen mit entsetzten Rufen „Wau, Wau“ (Haifisch) schrien. Das klare Wasser färbte sich bald rot. Die junge Frau rief um Hilfe. Ihr Mann, der zuerst ihrem Sprung mit einer nachlässigen Geste zugehört hatte, stürzte sich, mit einem Speer bewaffnet, zusammen mit mehreren Freunden, ins Wasser. Es gelang die junge Frau zu retten. Ihre Hand hatte sie im Nacken des Raubfisches lassen müssen. Sie wurde unverzüglich ins Hospital gebracht, das sie zwei Wochen später ohne Hand, aber gesund verlassen konnte. Die Ehe wäre in die Brüche gegangen, wenn der Hai nicht eingeschlagen wäre. Die Frau ist zu ihrem Mann zurückgekehrt und behauptet, sich nie mehr von ihm trennen zu wollen.

Chemisches Präparat bricht Eis. Professor Barnes von der Mac-Gill-Universität in Montreal, ein Gelehrter von internationaler Bedeutung, hat Eis und Schnee erfolgreich mit chemischen Substanzen bekämpft und beseitigt. Die Stadt New York hat daraufhin diese Methode bei der Innenstadtschneefäherung mit bestem Erfolge verwandt. Vor wenigen Tagen brachte Barnes seine Methode zum erstenmal in Anwendung, um Eis stärkster Blockierung zu brechen. Der italienische Dampfer „Concordia“, ein Schiff von 6360 Tonnen, war im Hafen von Vauban gegenüber Luebel im Lorenco-Strom im Padeis eingefroren. Mit einer Hochdruckpumpe spritzte Barnes sein chemisches Präparat aufs Eis und schon nach kaum fünf Minuten barst die dicke Eiskruste unter donnerähnlichem Getöse in Tausende von kleinen Schollen auseinander; der schließliche Dampfer war innerhalb zehn Minuten flott. Bald darauf konnten sogar kleine Boote ohne Gefahr im Hafen umherfahren.

Neue Radiumfunde in Rußland? Die „Krasnaia Gazeta“ veröffentlicht einen Artikel, demzufolge eine wissenschaftliche Expedition in Rußland bei Zlatopol Radium in einer Menge, wie sie in der ganzen Welt noch nicht gefunden worden ist, entdeckt haben soll. Die Ausnutzung dieses Radiumfundes würde Ende dieses Jahres 50 Gramm ergeben.

in den künftigen Jahren würde die Produktion 100 Gramm erreichen. Durch das Austauchen einer so großen Menge Radium auf dem Weltmarkt würde sich natürlich der Preis des Radiums bedeutend verringern, so daß man das Mineral in Zukunft nicht nur für die Medizin, sondern auch für die Bedürfnisse der Industrie verwenden könnte.

Der Reisepaß. Ein Engländer, der dieser Tage nach der Schweiz reiste, stellte kurz vor Betreten der französischen Küste fest, daß er aus Versehen statt seines Paß den im April 1920 abgelassenen Paß seiner Frau mitgenommen hatte. Zeelenruhig zeigte er diesen an nicht weniger als acht verschiedenen Stellen, die er zu passieren hatte, vor, erhielt acht runde und edige, schwarze, rote und violette Stempel hineingedrückt und kam glücklich in der Schweiz an, ohne daß irgendein Beamter bemerkt hätte, daß an diesem Paß irgendetwas nicht ganz in Ordnung war.

Millers Weinlager. Schiller mußte einen guten Tropfen wohl zu schätzen. Mehr noch als das, der Dichter ist ein Feinschmecker und Weinkenner gewesen. Darüber gibt ein Blatt aus seinem Wirtschaftsbuch Aufschluß. Nach Aufzeichnungen vom 24. Juni 1804 hatte Schiller in seinem Keller 61 Bouteillen Malaga, 35 Flaschen Burgunder, 22 Flaschen Champagner, 10 Flaschen weißen Portwein, 4 Flaschen Muskateller, 2 Flaschen Leistenwein, 17 Flaschen Ruster, 6 Flaschen Edenburger, 4 Flaschen Frankwein und 2 Flaschen Falerner zu lagern.

Herienautausch, auch Kostplätze für deutsche Jugend ins Tschechische vermittelt. Vernehmungsbund, Prag-Zi. Strašnice 356. Telefon 51730. Kostplätze für tschechische Jugend im Deutschen gesucht. Mündliche Informationen ab 15. März jeden Montag und Mittwoch von 17—19 Uhr in der deutschen Volksschule, Prag I., Fleischmarkt 18, 1. St.

Schuß und StraÙe.

Von Dr. Josef Berg.

D. R. G. S. Dem unbeschulten FuÙe des modernen Großstädters könnte man kaum noch zuzunehmen, auf völlig ebenen Gehbahnen zu schreiten. Viel zu rasch würde er durch Schmerzempfindung ermüden. Die Probe ist leicht zu machen, wenn man sich einmal auf dem glatten Steinboden einer Badeanstalt barfuß bewegt. Welche Lust dagegen im Sande der Meeresküste oder auf weichen Wiesen, gleichsam paradiesischem Boden, sich zu tummeln. Der nackte Fuß federt unbeschwert, auch wenn er schon ein Knick und Senkfuß ist. Ebenso leichtfüÙig ist der Großstädter, wenn er mit richtiger Beschölung auf univolligem, ideal unebenem Boden der Natur wandert, vorausgesetzt, daß er diese Sohlen unter seinen Schuhen hat, die ihn nicht jedes Streichen durchfühlen lassen. Wandert sich doch jeder Großstädter, der in seinem Babel nicht laufen kann, wie leicht und behende er in der Sommerfrische wird. Jede Asphaltmüdigkeit ist rasch vergessen. Jeder kann gut laufen, der sonst jeden Schritt mit Auto und Straßenbahn einzusparen sucht.

Neues Schuhwerk muß erst einige Tage „eingelaufen“ werden, das Oberleder sich erst anpassen und sich an den beweglichen Stellen fällen, damit man geschmeidig ausstreiten kann. Auch der Absatz muß sich dem Gang erst anpassen, ein wenig schieß und rund getreten werden. Das weiß jeder, der über empfindliche FüÙe zu klagen hat. Man verstehe mich nicht falsch; ich rede nicht dem schießen Absatz das Wort, sondern will nur eine Erfahrung anführen, die nahezu sprichwörtlich geworden ist.

Macht man vergleichende Studien über Fußleiden bei zivilisierten Völkern, so wird man feststellen, daß Knick- und SenkfüÙe bei den Völkern des Urwaldes und der Steppe nur sehr selten vorkommen. In der Wildnis lebende Völker kennen keine hemmende Fußbekleidung und keine Straßen in unserem Sinne. Der Fuß hat volle Freiheit, ist nicht in seiner Bewegung gebunden. Dauernd befindet er sich im Training, in rollender, allseitiger Bewegung.

Ganz anders ist es um den Fuß des modernen Großstädters bestellt. Er hat seine Freiheit verloren, entartet durch die schützende, stützende Bekleidung und durch die ebene Gehbahn. Mit der Asphaltstraße tritt ein neues Moment in dem Wechselspiel zwischen Fuß und Straße, die bis dahin noch immer etwas hofprig war, in die Erscheinung: nämlich die Spiegelplatte, ideal ebene Gehfläche. Damit ist der Augenblick gekommen, der gerade Absatz auf der geraden Gehfläche hat zwar einen festen, sicheren Stand, aber die wichtige rollende Bewegung ist ausgeharrt. Der Fuß erstarrt gleichsam in einer Ebene. Gelenke, Muskeln und Sehnen werden einseitig überlastet oder einseitig schmerzhaft. Eine solche unhygienische Beanspruchung führt unaufhaltsam zum Knick- und Plattfuß. Nur da, wo die

StraÙe noch nicht so eben und der Absatz noch nicht so gerade geformt ist, ist diese katastrophale Entwidlung zum Knick- und Plattfuß noch nicht in dem Maße eingetreten.

Um solchen Schäden auszugleichen, legt man dem entarteten Fuß Stützen und Brücken unter, wie man ein altes, auf Abbruch reifes Haus stützt oder man pausiert den Fuß mit hohen, geschienten Stiefeln besonderer Marke. Eine ganze Industrie ist entstanden, die dem geschwächten Kulturfuß zu Hilfe kommen will, die aber in Wirklichkeit den Schaden noch größer macht, weil sie den Fuß erst recht zur Untätigkeit und damit zur Entartung verdammt. Wenn noch etwas zu retten ist, gebe man dem Fuß wieder die Bewegung, die ihm zukommt, die rollende, immer wechselnde. Die Tätigkeit ist es, die den Fuß formt, und nicht die Einlage. Man vermeide in seinen Freizeitstunden die Asphaltstraße und die wogelgehenden Wege der Parkanlagen. Man wandere lieber hinaus in Wald und Feld und trage statt der einwürgenden Stiefel Halbschuhe. Reißt man sich der Großstädter Gymnastik und Massage des Fußes nur im stillen Kämmerlein schaffen oder in besonders dazu eingerichteten Instituten. Auf alle Fälle vermeide man Ueberanstrengung, denn auch sie ist ein Feind des Fußes. Gymnastik ist die Gegenwehr gegen Knick- und Senkfuß und nicht die Einlage.

Es fragt sich nun, ob wir nicht noch andere Möglichkeiten haben, den Knick- und Senkfuß zu verhüten, da es nicht in unserer Macht liegt, die ebene Gehbahn: das Asphaltpflaster zu beseitigen, das in vieler Beziehung einen Gipfelpunkt in der Hygiene der Großstadt darstellt. Ja, es bleibt uns unbenommen, den Gegenpol der Gehbahn, den Absatz nach unserem Gutdünken umzugestalten. Es zwingt uns keiner, die absurde Mode der geraden Absätze mitzumachen. Wir brauchen nur dem Wink der Natur zu folgen und die Absatzfläche gleich der Gehfläche des Fersenbeines zu formen. Man schaue sich nur einmal die Ferse eines unverbildeten Fußes an und beobachte, wie die Ferse einen sanften Hügel bildet, der etwas innen seitlich gesteht ist. Wenn es richtig ist, daß der Absatz ein künstliches Fersenbein ist, so gebe man ihm auch die ihm zukommende Form. Die Gummiabsatz-Industrie sollte hier helfend eingreifen. Es wird ihr leicht sein, die Gummifläche mit einem leicht exzentrisch gestellten Hügel zu versehen, so daß der Absatz die Funktion des Fersenbeines voll übernehmen kann. Der Hügel braucht nur 4 Millimeter hoch zu sein und nur 5—6 Millimeter nach innen künstlich verschoben zu werden. Diese Veränderung ist kaum sichtbar, aber bedeutend in ihren Folgen; denn wir geben damit dem Fuß selbst auf dem ebenen Asphaltpflaster wieder freies Spiel in seinen Gelenken, Muskeln und Sehnen und machen ihn nach bester Möglichkeit leistungsfähig.

Kleine Chronik.

Geologie bei den Estimas.

Die Zagen von der großen Sintflut sind über die ganze Erde verbreitet und finden sich bei verschiedenen Abänderungen bei Völkern unterschiedlichster Kulturstufen, auch da, wo jede Beeinflussung durch die babylonisch-jüdische Sintflutlage ausgeschlossen ist. Besonders interessant ist die Flutlage der Zentralestimas, die nicht nur Hinweise auf eine Eiszeit enthält, sondern auch eine Erklärung der Verfestigungen von Meerestieren versucht, die man auf hohen Orten fern der Küste findet, und deren erste Deutung in unserem hochkultivierten Abendlande erst Ende des 15. Jahrhunderts durch Leonardo da Vinci erfolgte.

Lange vor unserer Zeit — so berichten die Aeltesten des Stammes — begann einmal plötzlich der Ocean zu steigen, bis er das ganze Land bedeckte. Ueber die Gipfel der Berge ergossen sich die Wogen, und das Eis trieb über die Gebirge. Als die Flut dann sank, strandete das Eis und bedeckte die Berge überall mit einer Eishaut. Zahlreiche Muscheln, Fische, Seehunde und Wale konnten dem Wasser nicht folgen und blieben hoch oben auf dem Trocknen zurück. Noch bis zum heutigen Tage kann man dort ihre Schalen und Knochen finden. Eine große Anzahl Menschen kam in jener Zeit ums Leben, aber andere gingen in ihre Kajaks, als das Wasser zu steigen begann, und wurden so gerettet.

Diese Sage ist besonders bemerkenswert durch die von jeder Märchenverzierung freie Sachlichkeit und das völlige Fehlen der Einwirkung dämonischer Gevalten, mit denen sonst der Estimo die Welt bevölkert. Eine ähnliche fast wissenschaftliche Darstellung der großen Sintflut findet man bei den Eingeborenen von Alaska, die zwar nicht mehr von der Eiszeit reden, aber schon die landgestaltende Kraft des Wassers kennen. Während der Sint, so berichten sie, schnitten Wogen und Stürme in die Oberfläche des Landes Furchen und Risse, und als dann das Wasser zurückging und immer weiter zum Meere abfloß, waren die heutigen Berge und Täler entstanden. Unsere modernen Geologen müssen anerkennen, daß ihre primitiven Kollegen in der eifrigen Wildnis auch nicht auf den Kopf gefallen waren. Curt Pising.

Ist Gummi zu erlesen?

Das Gummiproblem ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wir wissen, daß Edison in seinen gewaltigen Laboratorien sich seit Jahren bemüht, einen brauchbaren Gummierfatz zu finden. Gummi ist ein so wichtiger Stoff in unserer modernen Technik und Industrie geworden und die Gummiproduktionsländer sind bisher so eng begrenzt, daß die Gefahr der Abschneidung von den Gummiproduktionsstätten für jede moderne Wirtschaft mit außerordentlichen Gefahren verbunden ist. Aus diesem Grunde beschäftigt sich Edison so besonders energisch mit der Suche nach einem Gummierfatz, der vor allen Dingen auch billiger sein sollte als der heute noch außerordentlich teure echte Gummi. Die Stoffe, die Edison in seinen Laboratorien gut durchforschen lassen, sollen angeblich schon nach vielen Tausenden zählen. Vor einiger Zeit kamen bereits aus Amerika Nachrichten, daß es Edison gelungen sei, eine Pflanze zu finden, aus der man ebenfalls ein brauchbares Gummiprodukt herstellen könne. In letzter Zeit haben wir jedoch von diesen Versuchen nichts mehr gehört. Jetzt kommt aus London die Nachricht, daß man dort angeblich eine neue Methode zur Herstellung von Gummi gefunden hat. Dieser neue Erfindungsgummi scheint allerdings nicht alle Eigenschaften des Gummis zu besitzen, sondern nur einzelne, aber immerhin sehr bedeutame. Dieses neue Gummiprodukt, das die Engländer herstellen und das sie „Onajot“ nennen, scheint keine besonderen elastischen Eigenschaften zu besitzen und ist also in dieser Beziehung nicht als Gummierfatz zu verwerten. Zwar fehlen die elastischen Eigenschaften nicht ganz, aber sie sind offenbar nicht in demselben Maße vorhanden wie beim echten Gummi. Dagegen soll der neue Erfindungsgummi ein ausgezeichnetes Isolator sein und wir wissen, daß heute in der Elektrizitätsindustrie der Gummi als Isolator ja eine viel größere Rolle spielt als in bezug auf seine Elastizität. Außerdem besitzt er gegenüber dem normalen Gummi noch den Vorzug, daß er erheblich leichter ist als dieser. Angeblich ist er auch ein sehr schlechter Wärmeleiter und ein nicht weniger schlechter Schalleiter. Ueberall dort, wo Wärme- und Kälteisolierungen notwendig, wo Schallsisolierungen wünschenswert sind, kann Onajot in großem Umfange Verwendung finden, wenn in der Tat die Behauptungen richtig sind, die in London über diese neue Erfindung gemacht werden.

Nur einen Haken hat die ganze Geschichte. Dieses neue Onajot ist überhaupt kein eigentlicher Gummierfatz, da der Rohstoff eben Gummi ist. Das ganze Verfahren, von dem die Engländer zur Zeit sehr viel Aufsehens machen, basiert auf einer neuartigen Verarbeitungsmethode des Gummis, so daß also am eigentlichen Gummiproblem verhältnismäßig wenig geändert wird. Der Onajotprozeß besteht darin, daß man den Rohgummi zwingt, irgendein neutrales Gas in sich aufzunehmen. Auf diese Weise wird der Gummi außerordentlich erleichtert und seinem Umfange nach natürlich auch vermehrt. Nach diesem Gaszuführungsprozeß beginnt dann ein Vulkanisierungsprozeß, wobei die Gasbläschen den Gummi in eine Art Zellenbau umzuwandeln, wie wir es aus der Pflanzenmorphologie kennen. Die Wände jeder einzelnen Zelle bestehen aus Gummi. Es handelt sich beim Onajot also eigentlich nur um einen veredeltten Gummi, um eine Umwandlung der Eigenschaften des Gummis für bestimmte Zwecke. Man verzichtet auf seine stärkste Eigenschaft, die Elastizität, zum Teil zu Gunsten seiner Isolationseigenschaften, die auf diesem Wege besser und zweckmäßiger ausgebildet werden. Das eigentliche Problem des Gummierfatzes ist aber auch jetzt noch genau so ungelöst wie früher. J. Richter.

Literarische Kitzwülke.

Von Nhedo.

Die Sprache ist da, um die Gedanken zu verbergen, sagte Talleyrand. Vielleicht sagte es auch jemand anders oder jagte es überhaupt niemand, ich weiß das nicht mehr so genau, aber es könnte immerhin gesagt worden sein.

Wenn ich mich so in einer gewissen Art Literatur umbehe, kommt mir die Sprache vor wie ein Stück Teig in den Händen einer Köchin.

Es gibt eine Menge Leute, die sich nicht nur gerne im Spiegel, sondern auch gedruckt sehen. Sie quetschen solange an der geduldrigen Sprache herum, bis ein Gebilde entsteht, das sich zur wirklichen Sprache etwa so verhält, wie ein Schabracken zu einem Pullmann-Wagen.

Vornamenbildungen, unendliche Säbe, Sperrdruck, Fremdwörter, Bindestriche u. dgl. sind das Rohmaterial, aus dem so ein erfinderrischer Kopf alles unmögliche zustande zu bringen imstande ist. Vor allem Wortneubildungen sind beliebt. Ganz wie bei Goethe.

Man kann solche Arbeiten überall finden. In Zeitungen, Zeitschriften, belletristischen wie wissenschaftlichen — besonders in den letzteren werden mit der desorientierten Sprache wahre Orgien gefeiert — und selbst in ausgesprochenen und redigierten Wäutern findet sich ab und zu ein solcher Eindringling, dem es gelungen ist, irgendwie durch die Schranken der Prüfung bis zur Druckerfärbung vorzudringen.

Säbe gibt es da! du lieber Himmel, Luther würde sich dreimal im Grabe umbrechen, wenn er ahnte, welcher Unfug mit seinem Hochdeutsch getrieben wird.

Die zwei folgenden Beispiele entnehme ich einem Aufsatz von Dr. Frank Svoboda in der letzten Nummer der „Wahrheit“. Sie sind aus dem Zusammenhang gerissen, aber deswegen nicht weniger unverständlich.

Schon nach ihrer Ausdrucksstruktur ohne weitere Tiefendurchleuchtung läÙt sich dagegen feststellen, daß die kulturpolitische Ideologie der Substanzentfremden grundsätzlich noch nicht von der Selbstanzweihlung und Selbstentfremdung abgerückt ist, noch nicht auf ihren werbefähigen inneren Kraftdrang gelaßt ist, daher auch von der Schwungmitte lebenswahrer Ausdrucksstruktur wenig Antriebs empfängt.

An einer anderen Stelle: Aber bei Führern und Staatsmännern ist der Erfolgskulturgedanke noch nicht bodenständig, wo die barbarischen, kulturfeindlichen Phrasen von Minderheit und Mehrheit, ungewöhnlicher Minderheit und Herrenvolksmehrheit Platz greifen. Und doch kann es nur Aufgabe einer gefunden Kulturpolitik sein, diese Mehrheitsminderheitspseudopolitik durch eine wahrheitsgetreue, nicht list- und lägenfindige Politik des Teilweises der Substanzentfremden und des Volksgrößteiles der Tschechen und Slowaken abzulösen.

Alle, die nach dreimaligem langsamem Lesen nicht vom Schläge gerührt werden und wissen, was gemeint ist, werden gebeten, sich zu melden. Wie solche Säbe entstehen? Das weiß nicht einmal der liebe Gott, höchstens der Autor, der sich nicht helfen kann und schreibt, wie es ihm in die Feder fließt.

Man kann gleiches verschiednen sagen. Etwa so: „Ach gehe heute abend mit meiner Freundin ins Theater.“ Das ist einfach und verständlich

und sagt alles, was es sagen soll, und spart Raum und Zeit. Ein Verfemter dagegen würde in die Feder spucken und mit hinreichendem Schwunge den folgenden Satz auf das Papier schleudern:

„Mit Bezugnahme auf die differenzierbaren Möglichkeiten der Abendverbringung vom Standpunkte des positiv kulturbedürfnisbehafteten eigenen selbst auf der Basis gemeinschaftlichen Genusses mit der durch erotische Weisenverbundenheit freundschaftlich verknüpften Vertreterin jenes Geschlechtes, das gemeinhin das weibliche genannt wird, vulgo Freundin im bettliegerichtlichen Sinne, erschliefte ich mich unter dem Zwonge des Kaufmännergesetzes für heute den Besuch des Theaters zu wählen.“

Wozu soll einer zum Beispiel von Durchfall sprechen, wenn er diesen immerhin etwas anständigen Zustand der stauenden Mittwelt als wehenartige Innendynamik peristaltischen Charakters mit flüssigem Endeffekt verkünden kann.

Jetzt bricht die Feder, meint ihr? Nein, höchstens der Leser. Die Feder dagegen kommt erst in Schwung, wächst, wird überdimensional, verschlingt, was sich ihr in den Weg stellt, das rasende Hirn rotiert wie eine verrückt gewordene Zentrifuge und der unaussprechliche Schlag trifft bestienfalls den Leser.

Warum Leute, die imstande sind, dergleichen geistige Mißgeburt zur Welt zu bringen, zur Feder greifen, die ihnen stets feindlich gesinnt bleiben muß, ist ein Problem für sich, aber immerhin noch verständlich. Mögen sie sich in Briefen und Tagebüchern austoben. Aber warum Zeitschriften, die Wert auf Niveau legen, dergleichen Arbeiten annehmen, ohne sie wenigstens zu korrigieren und das Unmögliche zu streichen, ist unverständlich.

